

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Reichsmark, für auswärts 0.35 Reichsmark, für das Ausland 0.50 Reichsmark. Die Reklamestelle 81 mm breit, kostet 1.50 Reichsmark, für auswärts 2.00 Reichsmark. — Die Preisgebote für Druckarbeiten betragen 0.10 Reichsmark. — Für Einlieferung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 R. Mark bei freier Zustellung durch Post.
Postbezug für Monat Oktober 2.00 Reichsmark, für die 11 Monate monatlich 1 R. 15. —
Straßenverkäufern im Interesse wesentlich 0.90 Reichsmark, nach dem Einzelnummer 10 R. Pfennig.
Auslands 1.30 Reichsmark.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7951, 2 7982, 2 7983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060
Käuferschutz (siehe Rückseite) werden weder zurückgezahlt noch ausbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Druckschwäche oder Strauß haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Anteils

Nr. 249

Freitag, 23. Oktober 1925

XXXIII. Jahrg.

Erleichterungen für Deutschland

Offizielle englische Erklärung über Beschleunigung der Räumung Kölns — Neue Kredite für die deutsche Wirtschaft
Einstellung der dauernden Entwaffnungskontrolle?

Ein Kolonialmandat?

Telegramm unseres Korrespondenten

v. London, 22. Oktober

Die Auswirkungen der Konferenz stehen hier im Vordergrund des Interesses. Im getriggen Rahmentext hat die Konferenz über die Konferenzkommission den Hauptgegenstand der Sitzung. Die versammelten Minister benutzten die Gelegenheit zu einer letzten Besprechungsphase des Außenministers zu dem von ihm erzielten Erfolge der britischen Diplomatie. Dittus wird erklärt, daß die Räumung Kölns beschleunigt werden soll. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ will erklären haben, daß die Räumung wahrscheinlich schon innerhalb der nächsten drei Wochen stattfinden wird. Als weiterer Beweis der bei den britischen Delegierten ausgesprochenen Bereitschaft hat ein großer finanzieller Kredit für die deutsche Industrie beworben. Sodann wurde erwogen, Deutschland ein Mandat über eine seiner früheren Kolonien anzubieten. Es werden Togo oder ein Teil der Palau-Inseln im Ozean genannt. Die Annahme der Vorkonferenzentscheidung durch das englische Parlament ist nur noch als formalisiert, nachdem Aquilich gestern

in seiner Rede im Nationalparlament den Rat der Regierung zu dem Vorkonferenz-Erfolge wünschte und MacDonald in Dundee eine Erklärung abgegeben hat, daß die Seele Europas jetzt von dem glänzenden Ziele der dauernden Friedens erhellung sei, und daß der Erfolg nur noch von verschiedenen Regierungen abhängt. Dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Herald“ zufolge steht eine gemeinschaftliche Erklärung der Alliierten über die Räumung Kölns im Vordergrund der Verhandlungen unmittelbar bevor. Außer der Räumung Kölns und der Erleichterung des französischen Regimes in der zweiten und dritten Zone werde vermutlich eine Ausnahme der englischen Forderung hinsichtlich der Vorkonferenzentscheidung zur Inspektion der deutschen Bevölkerung in Aussicht gestellt. Danach wird die neue Kommission nicht dauernd im Rheinland verbleiben und keine fortwährende Inspektion unternehmen. Die Inspektion würde dann nur periodisch oder auf spezielle Instruktionen der Vorkonferenzentscheidung hin erfolgen, wenn dementsprechende Beschlüsse gegen Deutschland unterbreitet würden.

Die Bedeutung der Ostverträge

Keine Gefahren für Deutschland bei ehrlicher Auslegung der Verträge

B. Berlin, 22. Oktober. (Ein. Drahtbericht)

Bei der bedeutungsvollen Rolle, die in der innerpolitischen Auseinandersetzung der französisch-polnische Verträge spielt, scheint es angebracht, noch mehr auf den Zusammenhang zu achten, der sich auf Grund authentischer Urteile ergibt. Die Verträge von Locarno enthalten nicht mehr von dem ursprünglichen Gedanken einer auch im Weltkrieg verankerten Garantie Frankreichs für die Alliierten Verträge. Geblieben sind für Frankreich nur die Einwirkungsrechte, die jedem Staat gegeben sind, der Mitglied des Völkerbundes ist oder vielmehr: Frankreich hat sich auch hier die Rechte erhalten lassen müssen, durch die unter Umständen weitläufig gebietet wird. Auf das Tragen der deutschen Delegation ist das aus der Vorkonferenzentscheidung entsprechende Recht Frankreichs genau angedeutet worden. Soweit der Artikel 16 des Vorkonferenzpaktens in Frage kommt, würde bei einem Heberfall Deutschland oder Polen eine Verletzung des Vorkonferenzpaktens festzustellen werden. Bei Deutschland nach einstimmigem Urteil gegen die Setzungen verstoßen, so entspricht für alle Mitglieder des Bundes, also auch für Frankreich, die Verpflichtung, gegen Deutschland zu marschieren. Dieser wenig wahrscheinliche Fall scheint praktisch wohl zu nicht an. Wichtiger ist die Wirkung des französisch-polnischen Vertrags im Zusammenhang mit dem Artikel 15 Absatz 7 des Vorkonferenzpaktens. Dieser Artikel bezieht sich auf den Fall, daß das Vorkonferenzverfahren ordnungsmäßig eingeleitet ist, aber nicht zu einem Erfolge geführt hat. Hiervon sind alle Mächte frei in ihren Entscheidungen. Wenn, wie Frankreich zunächst wünschte, dieses Recht ungenutzt geblieben wäre, so hätte Frankreich bei jeder deutsch-polnischen Konflikt die Möglichkeit gehabt, einzuschreiten. Das dürfte in dieser Form nicht bestehen bleiben, da dann der Vorkonferenzpakt für Deutschland seinen Wert verloren hätte. Es ist nun gelungen, die Interventionen durchzuführen nach Artikel 15 Absatz 7 dahin zu beschränken, daß Frankreich nur einem Staat zu Hilfe kommen darf, der offensichtlich an

gegriffen worden ist. Natürlich ist auch hier noch böswilligen Interpretationen ein gewisser Raum gegeben. Als maßgebender Faktor aber kommt hinzu, daß, wie wir bereits betonten, die französische Intervention unter englischer Garantie gestellt wurde. Die These, England werde sich niemals in einen Konflikt einmischen, ist damit für den wichtigsten Fall ausgeschlossen worden. Polen wird einen Angriff auf die deutschen Grenzen nur riskieren können, wenn es sicher ist, England auf seiner Seite zu haben. Es ist offensichtlich, daß in diesem Punkte die Vorkonferenzentscheidung Frankreichs eine gewisse Einschränkung erfahren haben. Infolge dieser Bekämpfung der Dinge ergab sich für Frankreich die Notwendigkeit, eine Präzisierung seiner bisherigen Abmachungen mit Polen vorzunehmen, damit diese im Einklang mit dem Vorkonferenzpakt stehen. Es kann also keine Rede davon sein, daß es sich um eine Verletzung der französisch-polnischen Vorkonferenzentscheidung der französisch-polnischen Vorkonferenzentscheidung handelt, wie haben es vielmehr mit einer Reduzierung des französisch-polnischen Vorkonferenzpaktens zu tun, das jedoch zu betrachten natürlich nicht in der Macht der deutschen Delegation stand.

Locarno und die deutschen Optanten in Polen

Was wird Polen tun?

B. Berlin, 22. Oktober. (Ein. Drahtbericht.)
Schönhausenminister Dr. Stresemann hat gestern eine längere Besprechung mit dem polnischen Botschafter, in deren Verlauf er ihn nachdrücklich bat, seinen eigenen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die von der polnischen Regierung geplanten weiteren Optanten auszuweisen unterbleiben. Polen könne keinen härteren Beweis seines Friedenswillens geben und nicht besser dem Geiste von Locarno entsprechen, als wenn es dieser moralisch nicht zu recht fertiger Ausweitungspolitik ein Ende mache.

Abschluß der Kabinettsberatungen

WTB. Berlin, 22. Oktober. (Mittl.) Das Reichskabinett hat heute unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten die Besprechungen über das Ergebnis der Ministerkonferenz von Locarno zum Abschluß gebracht. Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister wurden in der heutigen Sitzung des auswärtigen Ausschusses die Stellungnahme der Reichsregierung vertreten.

Gebung des Auswärtigen Ausschusses

WTB. Berlin, 22. Oktober. (Drahtfunkst.)
Im Reichstag trat heute vormittag 10.30 Uhr der Auswärtige Ausschuss unter dem Vorsitz des Abgeordneten Herzog (Deutschl.) zusammen. Von der Reichsregierung waren mit dem Reichskanzler auch sämtliche übrigen Minister, mit Ausnahme des Reichswehrministers Gehler, schon zu Beginn der Sitzung erschienen. Den Reichsaußenminister begleiteten Staatssekretär v. Schuber und Ministerialdirektor Dr. Gauß. Außerdem nahmen zahlreiche andere Vertreter der einzelnen Reichstagsfraktionen teil. Mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun waren auch viele andere Vertreter der Länder und des Reichsrates erschienen. Die Sitzung wurde mit den Besprechungen des auswärtigen Ausschusses über den Vertrag von Locarno eröffnet.

Scharfe Gegensätze bei den Deutschnationalen

B. Berlin, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)
Gemeinlich tritt der Auswärtige Ausschuss zusammen, um sich von den deutschen Delegierten über die Einzelheiten des Vertragswertes von Locarno unterrichten zu lassen. Aus dem Verlauf der Debatte wird sich ergeben, welche Stellung die Parteien zu dem Pakt einzunehmen gedenken. Von besonderer Bedeutung ist natürlich die Haltung der Deutschnationalen. Die deutschnationalen Fraktionen hat gestern bis in die späte Nacht hinein geglaubt. Die informativsten Besprechungen zwischen Graf Helldorf und dem Reichskanzler, die bereits am Dienstag begonnen haben, dauern gleichfalls fort. Reichsaußenminister Schuler war bemüht, zwischen den Auffassungen des Reichsausschusses und denen der deutschnationalen Fraktionen eine Brücke zu schlagen. Das scheint indessen bisher nicht recht gelingen zu sein. Es hat innerhalb der Fraktion, die sich nach Mittelnacht zerlegt, sehr scharfe Auseinandersetzungen gegeben, in deren Verlauf die Mitglieder ihre Vorbehalte nach sofortiger Zurückziehung der deutschnationalen Mitglieder mit Nachdruck wiederholten. Der Sozialdemokratische Ausschuss vermutet, die Deutschnationalen würden sich dem Dilemma haben einen Ausweg suchen, daß sie bestimmte Erklärungen der franz-

ösischen Regierung über den tatsächlichen Zweck der französisch-polnischen und französisch-polnischen Verträge verlangen. Man stelle sich innerhalb der Fraktion die Dinge so vor, daß Frankreich eine derartige Erklärung ablehnen werde, und daß dann für Deutschland eine „nouveaux“ geschaffen sei, die die Deutschnationalen zunächst von der Verantwortung entbinde. Nach einem letzten Bulletin, das allein die „Deutsche Tageszeitung“ bringt, ist die Fraktion gestern in später Abendstunden zu einem Beschluß gelangt, der heute dem Auswärtigen Ausschuss bekanntgegeben wird.

Die neue Sitzung des Reichskabinetts, die wegen der plötzlich auftretenden Schwierigkeiten verschoben wurde, hat amn heute mittag 11.30 Uhr, also eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, begonnen. Man nahm in Regierungskreisen gestern Abend an, die Entschiedenheit der deutschnationalen Fraktion werde so anhalten, daß im Kabinett nur noch soviel die einseitige Zustimmung aller Minister zu dem Vertragswert von Locarno festzustellen sein werde. Eine Besprechung, die das Kabinett in der heutigen Abendstunde abhielt, war den politischen Fragen der Auswirkungen des Vertrags gewidmet. Schon vor einigen Tagen wurde angekündigt, daß sich über die Frage der Entwaffnung und der Vorkonferenzentscheidung ein erweiterter Ratenschlüssel entspinnen wird.

Pessimistische Stimmen aus Parteikreisen

B. Berlin, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)
Es ist unmerkbar, daß sich in den letzten Stunden eine zunehmende Neigung zu pessimistischer Beurteilung der Lage bemerkbar macht. Dieser Stimmungsumschwung, der sich in der Phantasie der „Deutschen Zeitung“ bereits als „Locarno als merano“ zeigt, ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Einmal hat die Haltung der Pariser Presse, die über einen Sieg jubelt und an den für uns so bedeutungsvollen Versprechungen Orlando mit teilweise geradezu gewaltigen Worten, ganz allgemein und ohne Unterschied der Partei äußerst verstimmt gewirkt. Dazu kommt, daß man in den Erklärungen des britischen Außenministers — es ist Recht oder Unrecht, sei dahingestellt —, den Versuch eines Zurückweichens von den von Locarno übernommenen Verpflichtungen erblicken zu müssen glaubt. Auch und gar: es hat sich weiter Kreise der Deutschnationalen gebildet, die dem Vertrag von Locarno sich bereits zu verflüchtigen beginnen. An amtlicher Stelle freilich scheint man dieser Behauptungen nicht zu teilen, auch nicht, soweit die französisch-polnischen Verträge in Betracht kommen, über die der Bericht noch immer hin und her wogt.

Die Unterredung der unabhängigen politischen Faktoren über die Vereinbarungen von Locarno ist in-

zwischen programmäßig fortgesetzt worden. Nach einer Darlegung, die aus dem Lager der äußersten Rechten stammt und für die wir uns daher nicht ohne weiteres verhalten möchten, soll sich die Aussprache mit dem Reichsaußenminister am Dienstag feierlich zu Ende abgewickelt haben, wie es nach dem offiziellen Bericht der Außenstelle hieß.

Nach schwereriger gehalten sich natürlich die Auseinandersetzungen mit den Deutschnationalen. Die Beratungen der deutschnationalen Fraktion, die am getriggen Vormittag im Reichstag aufgenommen wurden, mußten um die Mittagsstunde zunächst abgebrochen werden, da sich die Notwendigkeit einer Reihe von Rückfragen ergab. Der Reichskanzler ist durch den Parteiführer Graf Helldorf inzwischen über das Ergebnis der vorerwähnten Sitzung des Parteivorstandes unterrichtet worden. Es wurde ihm mitgeteilt, daß die ernsten Bedenken, die vor allem auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen gegen den Vertrag von Locarno bestehen, noch nicht überwunden sind. Vor allem sehr man in den französisch-polnischen und den französisch-polnischen Sonderverträgen eine gewisse Belastung. Dr. Böhmer wurde, wie verstanden, auch darüber verständigt, daß von einigen Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion die Forderung nach Zurückziehung ihrer Mitglieder aus dem Kabinett erhoben worden sei. Diese Stimmen seien aber nicht durchgegangen. Voraussetzung für eine Billigung des Paktes müßte die Erfüllung der in Locarno gegebenen Zusicherungen sein. Der Reichskanzler wird darauf hin, daß er mit seiner Person für die Durchführung dieser Zusicherungen eintreten und alle Mittel erschöpfen würde, um zu einem befriedigenden Ziel zu gelangen.

Zwischen Kreisen der deutschnationalen Verbände die übliche Begeisterung. Nach Hamburg hat auch Lübeck und Bremen die Ablehnung des Paktes durch die Reichstagsfraktion gefordert. Die Auseinandersetzung innerhalb der Deutschnationalen Partei ist mithin im vollen Gange.

Dr. Schacht über seine Amerikareise

„Drahtische Beschränkung der kommunalen Anleihepolitik“

Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 22. Oktober. (Drahtfunkst.)
Reichsbankpräsident Schacht äußerte sich zu einem Vertreter der United Press über seine Amerikareise. Schacht bekräftigt entschieden, daß er seiner Seite die Revision des Dawes-Vertrages vorbereiten wolle. Ebenso komme er nicht, um Anleihen zu erhalten. Der eigentliche Zweck meiner Reise, so fuhr der Reichsbankpräsident fort, ist, dahin zu wirken, mit den leitenden Männern der Federal Reserve Bank und den führenden Bankiers und in privaten, nicht-offiziellen Unterhaltungen das bisherige Verständnis und die gute Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. Geldverhältnisse werden alle Fragen, die die deutsche Wirtschaft betreffen, in unsern Besprechungen berührt werden. Was die Anleihen betrifft, so halte ich einen Bestand von 1,5 Milliarden Invalide Anleihen für nicht für besorgniserregend, sondern für normal. Die Reichsbank will auch nicht eine Kontrolle über die Invalide Anleihen erlangen. Allerdings wird Schacht darauf hin, daß er bezüglich der kommunalen Anleihen für eine drastische Beschränkung der Anleihepolitik ist.

Schacht zu Ehren wurde vom Federal Reserve Board ein Bankett veranstaltet, an dem auch Staatssekretär Mellon und der deutsche Botschafter teilnahmen. Danach reiste der Reichsbankpräsident wieder nach New-York, wo er mit führenden Bankiers und weiteren Besprechungen haben wird. Eine Unterredung mit Vizepräsident Dawes wird kaum stattfinden, doch dürfte Schacht mit Dawes zusammenkommen.